

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Dabbe, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vorschriften über das Verlobnis.

Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich erledigte in den Sitzungen vom 20. und 21. November zunächst den Rest der Vorschriften über das Verlobnis (§§ 1227 bis 1230).

Der § 1228 gewährt, wenn ein Verlobter von dem Verlobnis zurücktritt, ohne daß ein wichtiger Grund für den Rücktritt vorliegt, dem anderen Verlobten und dessen Eltern einen Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihnen dadurch erwachsen ist, daß sie in Erwartung der Eheschließung Aufwendungen gemacht, Verbindlichkeiten übernommen oder sonstige Vermögensverhältnisse getroffen haben.

Die gleiche Verpflichtung zum Schadensersatz liegt einem Verlobten ob, wenn er durch sein Verlobnis dem anderen Verlobten Grund zu dessen Rücktritt gegeben hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens, insbesondere eines Anspruchs auf Leistung des Erfüllungszweckes ist ausgeschlossen. Die Kommission billigte den Standpunkt des Entwurfs. Ein Antrag, in den Fällen des § 1228 der Braut, wenn sie durch die Rückgängigmachung des Verlobnisses besonders schwer gekränkt oder in ihrem Fortkommen erheblich nachteiligt werde, außer dem in § 1228 bestimmten Ersatzanspruch das Recht zu geben, eine billige Entschädigung in Geld zu verlangen, wurde abgelehnt, vorbehaltlich der Entscheidung der später zu erörternden Frage, ob nicht der Braut, wenn der Verlobte während des Brautstandes mit ihr Geschlechtsverkehr gepflogen habe, im Falle späterer Weigerung derselben, sie zu ehelichen, ein Anspruch auf Auslieferung oder auf eine Abfindung gegeben werden solle. Mit Rücksicht darauf, daß in der letzten Sitzung beschlossen worden war, die Vorschriften des § 1227, welche eine (rechtl.) Verbindlichkeit der Verlobten zur Eheschließung der Ehe verneint, durch die Bestimmung zu ersetzen, daß aus dem Verlobnis auf Eheschließung der Ehe nicht gefolgert werden könne, hielt man es für nötig, in sachlicher Uebereinstimmung mit dem Entwurf besonders anzudeuten, daß das Versprechen einer Strafe zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Verlobnisses unwirksam sei. Ein Antrag, den in § 1228 bestimmten Anspruch auf Schadensersatz davon abhängig zu machen, daß das Verlobnis öffentlich oder durch Anzeigen an Verwandte oder Bekannte kundgegeben oder in gerichtlicher oder notarieller Form erklärt sei, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Ebenso wenig erachtete man die Aufnahme der Vorschrift als erforderlich, daß der Schadensersatzanspruch nur dann statthabe, wenn das Verlobnis unter Zustimmung der Personen eingegangen sei, deren Einwilligung es zur Eheschließung bedürfe. Die Vorschriften des § 1229 über das Recht der Rückforderung von Geschenken u. s. w. im Falle der Auflösung des Verlobnisses gelangten mit einigen aus den früheren Verfassungen über die Bereicherungsgesetze (§§ 737 ff. des Entwurfs II) sich ergebenden Änderungen sachlich im Wesentlichen nach dem Entwurf zur Annahme.

Der § 1230, der für die in den §§ 1228, 1229 bestimmten Ansprüche eine kurze Verjährungsfrist vorschreibt, erhielt keine Änderung. Die Beratung wandte sich sodann den Vorschriften über die Eheschließung (§§ 1231 bis 1244) zu. Zu einer ausführlicheren Erörterung gab ein Antrag Veranlassung: im Eingang dieser Unterabteilung die Vorschriften anzunehmen, daß für das Vorhandensein und die Befreiung von Ehehindernissen bei den Angehörigen der staatlich anerkannten Religionsgesellschaften deren kirchliches Recht maßgebend sei. Die Mehrheit entschied sich jedoch gegen den Antrag. Der § 1231, der bestimmt, daß eine geschäftsunfähige Person eine Ehe nicht schließen könne, wurde als entbehrlich gestrichen. Dagegen wurden die Vorschriften des § 1232 Abs. 1, 2, wonach eine in der Geschäftsunfähigkeit beschränkte Person zur Eheschließung der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters bedarf, diese Einwilligung aber durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden kann, sachlich nach dem Entwurf angenommen; die Entscheidung der Frage, auf welchem Wege die verweigernde Einwilligung des Eltern, wenn ihnen die gesetzliche Vertretung des Kindes zusteht, soll ersetzt werden können (§ 1232 Abs. 3), blieb jedoch bis zur Beratung des § 1239 vorbehalten. Ein Antrag, den Entwurf durch die Aufnahme des Ehehindernisses der Weiblichkeit und des Gelübdes dahin zu ergänzen, daß Geistliche der katholischen Kirche, welche die höheren Weihen empfangen haben, sowie die einem päpstlich approbierten Orden angehörigen Ordenspersonen, welche die feierlichen Eide der Ordensschwüre abgelegt haben, eine Ehe nicht schließen können, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. In Uebereinstimmung mit dem § 28 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 bestimmt der Entwurf im § 1233, daß die Ehemündigkeit der Männer mit dem vollendeten 20. Lebensjahre, die der Frauen mit dem vollendeten 16. Jahre eintritt, Dispensation aber zulässig sein soll. Der Abs. 4 des § 1233 fügt hinzu, daß durch Volljährigkeitserklärung Ehemündigkeit nicht begründet werde. Von einer Seite war diesen Bestimmungen gegenüber beantragt, unter Ausschluß der Dispensation das Ehemündigkeitsalter für Männer auf das vollendete achtzehnte, für Frauen auf das vollendete fünfzehnte Jahr herabzusetzen. Von anderen Seiten wurde befürwortet, die Ehemündigkeit der Männer, unter Ausschluß der Dispensation, mit der Volljährigkeit oder der Volljährigkeitserklärung einzutreten zu lassen, in Ansehung der Ehemündigkeit der Frauen dagegen dem Entwurf zuzustimmen. Die Mehrheit entschied sich für die Annahme des letzteren Vorschlags. Der sachliche Inhalt des von dem Ehehindernis der noch bestehenden Ehe handelnden § 1234 über die Zulassung eines Ehegatten zur Eheschließung einer neuen Ehe auf Grund der durch die Todeserklärung des anderen Ehegatten begründeten Todesvermutung wurden, vorbehaltlich der später zu erörternden Frage, welchen Einfluß es auf den Bestand der früheren und der neuen Ehe hat, wenn der für tot erklärte Ehegatte zur Zeit der Eingehung der neuen Ehe noch am Leben war (§ 1464), nicht beanstandet. Der § 1236 regelt das Ehehindernis der Verwandtschaft und der Schwägerschaft in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem § 33 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875. Ein Antrag, diesem Eheverbot im Anschluß an das kirchliche Recht eine weitere Ausdehnung zu geben, insbesondere auch die Ehe zwischen Ge-

schwisterkindern, zwischen Onkel und Nichte, Tante und Nefte, zwischen Verwandten im ersten Grade der Seitenlinie, sowie zwischen einem Verlobten und dem Verlobten des anderen in gerader Linie zu verbieten, wurde abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag, den § 1236 durch die Vorschrift zu ergänzen, daß eine Ehe nicht geschlossen werden darf zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen der anderen außerelhehl. Geschlechtsverhältnisse gepflogen hat, die Zustimmung der Mehrheit; das Eheverbot soll jedoch insoweit nur aufstrebende Wirkung haben. Der weiter gehende Vorschlag, an die Uebertretung des Eheverbotes auch in diesen Fällen die Folge der Nichtigkeit der Ehe zu knüpfen, wenigstens mit der Befristung, daß die Nichtigkeitserklärung nicht von dem Staatsanwalt oder einem Dritten nach Maßgabe des § 1253, sondern nur von dem Ehegatten erhoben werden könne, welcher die Ehe in Uebertretung der das Eheverbot betreffenden Tatsache geschlossen habe, wurde abgelehnt. Die weitere Beratung des § 1236 wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Deutschland.

Berlin, 27. November. Der von den Sozialdemokraten im Reichstag eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition, lautet: § 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberußer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen. § 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden. § 3. Allen vorstehenden Bestimmungen widersprechende Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinbarung zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterliegen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben. § 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafrecht nicht eine härtere Strafe eintritt.

Die deutsche Reformpartei (Antikemiten) hat beschlossen, im Reichstag den Antrag zu stellen, den Reichstagskanzler zu ersuchen, den ausbleibenden Abgeordneten Althaus während der Dauer der Verhandlungen des Reichstages in Freiheit zu setzen. Ueber die Zahl der Referendare, die bei den preussischen Justizbehörden in den letzten 13 Jahren beschäftigt waren, enthält das amtliche „Justiz-Min.-Bl.“ eine Zusammenstellung, der wir entnehmen, daß am 1. Juli d. J. 3060 Gerichtsreferendare vorhanden waren gegen 2973, 2860, 2975, 2981, 3216, 3385, 3724, 3839, 3919, 3937, 3928 und 3791 in den Vorjahren bis 1881 zurück. Die Zahl, die mehrere Jahre sehr gleich geblieben war, ist also jetzt wieder im Steigen. Auf das Kammergericht entfielen 646 Referendare gegen 624, 620 und 602 in den drei Vorjahren.

Ueber die erste Verurteilung wegen Caprioli-Beleidigung wird dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ aus Dortmund telegraphiert: „Die Strafkammer in Jagen hat Genossen Bloch, früheren verantwortlichen Redakteur der rheinisch-westfälischen „Arbeiter-Zeitung“, wegen Caprioli-Beleidigung zu sechs Wochen verurteilt. Vier Wochen davon wurden als durch die Unteruchungshaft verbüßt, von der ausgesprochenen Strafe in Abzug gebracht.“

Der dem Reichstage unterbreitete Initiativantrag auf Änderung des Artikels 61 des Handels-Gesetzbuchs hat der Volksvertretung schon zwei Male vorgelegen. In der Tagung von 1890/91 bezweckte er nur, gesetzlich das Recht der Handelsgehilfen auf die Erlangung eines Zeugnisses über die Art und Weise ihrer Beschäftigung sowie die Führung und ihre Leistungen festzustellen. In der Session 1892/93 hatte er infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als nach ihm auch festgesetzt werden sollte, daß, wenn zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfe eine andere als die gesetzlich vorgeschriebene Abmachung vereinbart ist, diese für beide Theile gleich verbindlich ist. In der erweiterten Gestalt ist der Antrag auch dieses Mal eingebracht worden. Was seinen ersten Theil betrifft, so haben sich in der Session von 1890/91 sämtliche Parteien des Reichstages für denselben erklärt; der zweite Theil wurde nur einer Meinung entsprechend, welche durch die Novelle vom 1. Juni 1891 in die Gewerbeordnung eingelegt ist. Nach dem § 122 der Gewerbeordnung ist dasselbe Verhältnis für die Gesellen oder Lehrlinge und nach dem § 134 für die Fabrikarbeiter festgesetzt. Nachdem Bundesrath und Reichstag sich für eine solche Regelung der Handlungsgehilfen bei den Angestellten in den Gewerbebetrieben ausgesprochen haben, liegt kein Grund vor, sie den Angestellten im Handelsbetriebe vorzuenthalten. Es dürfte deshalb begründete Aussicht vorhanden sein, daß nicht nur der Reichstag den Antrag auf Abänderung des Artikels 61 des Handels-Gesetzbuchs annehmen, sondern daß diese Novelle auch durch Zustimmung des Bundesraths Gesetz werden wird.

Die Behauptung, daß die den preussischen Eisenbahnbeamten bisher gewährten Stellszulagen in 1894/95 in Wegfall kommen sollen, trifft nicht zu. Es ist allerdings eine anderweitige Regelung der Materie in Aussicht genommen, durch welche ein Theil der Stellszulagen in Fortfall gebracht, aber auch eine oder andere Beamtenklasse neu damit bedacht wird. Eine Verminderung des Gesamtbetrages der Stellszulagen tritt dadurch wohl ein, aber es bleibt doch ein recht erheblicher Gesamtbetrag an solchen fortbestehen. Auf anderen Gebieten wird aber der neue Eisenbahnetat den Beamten der Eisenbahnverwaltung eine Verbesserung der Gehaltsverhältnisse bringen. Es soll nämlich die bisher von dem im Uebrigen angenommenen System etwas abweichende Ordnung der Dienstverhältnisse in der Eisenbahnverwaltung der sonst geltenden Regel angepaßt und es durch die dadurch bedingte Verringerung der Zulagen so eingerichtet werden, daß die Wirkung eine Verbesserung des Gesamt-Einkommens der Beamten um jährlich 1 bis 1½ Millionen Mark sein wird.

Der „Damb. Korresp.“ schreibt anscheinend offiziell: „Die Nichtigkeitserklärung der in der agrarisch-konservativen Presse verbreiteten Versionen über eine Unterbrechung des Reichstages mit dem wenigstens nominellen Führer der Deutschkonservativen im Reichstage, Frhr. v. Mantensfeld, läßt erkennen, nach welchen Richtungen die Regierung im Reich und in Preußen ihre Intentionen für die Hebung der Landwirtschaft und für die Erhaltung des ländlichen Grundbesitzes zu betätigen denkt. Die Novelle zum Gesetze über den Unterhaltungswohnort, die vom Grafen Caprioli in erster Linie eingebracht ist, beweist ohne Zweifel eine berechtigte Besorgnis des Reiches. Bei der jetzigen Ordnung der Materie sind die ländlichen Armenverbände nur zu verpflichtet, für solche der Armenpflege anheimfallende Personen die Fürsorge zu übernehmen, die längst außer allem Zusammenhang mit ihnen stehen und ihren Lebensunterhalt in ganz anderen Gegenden und ganz verschiedenen Berufsweisen suchen. In Verbindung mit der Aufhebung der Grundsteuer in Preußen, dessen östliche Provinzen am meisten von dem Zuge der Leute nach Westen leiden, wird dadurch eine wesentliche Entlastung des ländlichen Grundbesitzes von solchen öffentlichen Leistungen, in denen eine ungerechte Vorbelastung zu erkennen war, herbeigeführt. Allerdings sind auch in diesen Bundes- theilen noch einige nicht unbegründete weitere Wünsche vorhanden. Wenn freilich auch die auf Umwandlung der Immobilien- und Altersversicherung in eine durch Reichssteuern zu befreiende Immobilien- und Altersversicherungspflicht des Reiches gerichteten Bestrebungen, wie sie jetzt in den ländlichen Kreisen Ostpreußens hervorgetreten sind, aus prinzipiellen und praktischen Gründen unbedingt abzuweisen sind, so ist die Forderung einer Vereinfachung des Verwaltungs- und Kontrollapparates doch wohl begründet. Das Bedürfnis einer solchen Verringerung wird auch von der Regierung nicht verkannt; der Weg aber, wie den unbestritten vorhandenen Uebelsständen wirksam abzuwehren ist, scheint noch nicht gefunden zu sein. Die Ueberlastung der ehrenamtlich versehenen Ämter der Lokalverwaltung mit Vorgesetzten, namentlich in Preußen namentlich von den ländlichen Grundbesitzern, Gutsbesitzern u. in ihrer Eigenschaft als Amts- oder Gemeindevorsteher oder Ständesbeamten nicht ohne Berechtigung Beschwerde geführt wird, läßt sich wohl auch ohne gesetzgeberische Eingriffe beseitigen oder wenigstens mildern. Aber es gehört dazu ein sehr energischer, Thatkraft mit Fähigkeit in hohem Maße vereinigender Minister des Innern. Denn den in der Verwaltung tief eingewirkten bürokratischen Schichten gegenüber zu bestehen und die etwas eingerichtete Maschine wieder mit Geist und Leben zu erfüllen, ist keine leichte Aufgabe. Männer dieser Art sind selten. Sollte der Graf Caprioli, statt als Kulturminister so reich abzuwirthschaften, das Ministerium des Innern übernehmen, so wäre von ihm wohl eine solche Einwirkung auf das Beamtenwesen zu erwarten gewesen. Die Einrichtung von Landwirtschaftskammern, auf die Graf Caprioli alsdann zu sprechen kam, soll den nächsten preussischen Landtag beschäftigen. Die Maßregel ist in das Programm des Bundes der Landwirthe aufgenommen worden und es ist seitdem der lebhafteste Widerspruch verstummt, den bis dahin ein großer Theil der konservativen Agrarier der Vorproben gegen diese Einrichtung wesentlich nur wegen des für solche Kammern unerläßlichen Besteuerungsrechtes erhoben hatte. Ihre Durchführung mag für die Folge als Hebel zu einer materiellen Verbesserung der Lage des ländlichen Grundbesitzes dienen; an sich aber ist sie nach dieser Richtung noch nicht von sachlicher Bedeutung. Endlich hat Graf Caprioli der in der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch unternehmen Versuche gedacht, für die Verringerung des ländlichen Grundbesitzes besondere Normen zu finden. Diese Bestrebungen scheinen sich vornehmlich nach zwei Richtungen zu bewegen. Ausgehend von der niederschüssigen, in der Sitte und Rechtsauffassung der Bauernschaft lebendig gebliebenen Einrichtung des geschlossenen Hofes, ist in Preußen bekanntlich zuerst in der Provinz Hannover und dann nach Maßgabe des hervortretenden Bedürfnisses in anderen Provinzen das Institut der Höfe oder Landgüterrolle eingeführt worden, vermöge dessen durch Entzug in diese Rolle die Verringerung des ländlichen Besitzthums nach Auerbrecht, also unter Bevorzugung des Besitznachfolgers und unter den Besitz sicheren Formen, zu bewerkstelligt ist. Allein von dieser Einrichtung ist außerhalb der niederschüssigen Landes- theile von den Bauern nur sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Wie man vielfach vernimmt, soll sowohl aus Aneignung gegen den Mordus der Verringerung als aus Scheu vor dem formellen Akt, der dazu erforderlich ist. Von dieser Annahme führt der Weg unmittelbar zu dem Gedanken, das Auerbrecht dort, wo es in der Sitte und dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung noch lebendig ist, als Interimsmaßnahme einzuführen und eine Verringerung nur im Wege des Testamentes zu erlauben. Eine zweite Frage, die sich heute aufwirft, ist die nach der Form, in welcher das vererbte Grundstück für die Erbtheile der Miterben partheilbar sein soll. Mit Recht wird in der dauernden, mit jedem Erbfall steigenden Belastung des Grundbesitzes mit aus Erbtheilen hervorgehenden Hypotheken, wie der Reichsfinanzherausforder, eine der Hauptursachen der übermäßigen Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes erkannt. Auch hier ergibt sich aus der Erkenntnis des Uebels und seiner Ursache auf den ersten Blick einen Weg der Abhilfe. Wird für Erbtheile die Form einer innerhalb eines Menschenalters zu amortisirenden Hypothek vorgeschrieben, so wird wenigstens als Regel einer dauernden Unterbrechung des Grundbesitzes mit Erbtheilungsschulden vorgebeugt. So einfach aber auf den ersten Blick die Abhilfsmittel scheinen, so erheben Schwierigkeiten begegnen nur zu oft die gesetzgeberische Ausgestaltung der Gedanken und es scheint noch nicht gelungen zu sein, diese völlig zu überwinden. Aber selbst wenn dies gelingt, werden dadurch die Postulate einer planmäßigen Agrarpolitik noch nicht erschöpft.“

Der Vorstand des Reichstages, und zwar der Gesamt-Vorstand (zu dem auch die Abtheilungsvorstände gehören), beschloß vorgestern einstimmig, die Wiederherstellung der Freireichstagsfähigkeit in ihrem früheren Umfange für die Abgeordneten zu beantragen. Jetzt gelten bekanntlich die Eisenbahngesetze nur für die Fahrt zwischen Berlin und der Heimath des Betreffenden. Es sollen nun wieder, wie bis 1884, für das ganze Bahnnetz Deutschlands Gültigkeit erhalten. Der Antrag, der demnächst eingebracht wird, dürfte, wie man aus der Einstimmigkeit des Gesamt-Vorstandes schließen darf, die Unterabtheilung so ziemlich aller Mitglieder des Reichstages tragen. Der Telegraph berichtet gestern schon von dem Beileidstelegramm, das der Zar an die Mutter des Fürsten von Battenberg gerichtet hat. Die „N. Oest. Post“ meldet bereits in diesen Tagen, daß die verwitwete Prinzessin von Battenberg aus Anlaß des Ablebens ihres Sohnes, des Grafen Hartenau, von dem Kaiser von Rußland, sowie sämtlichen russischen Großfürsten herzliche Beileids-Telegramme erhalten hat. Diese Nachricht hat sich also bestätigt. Vor längerer Zeit ist bekanntlich ein telegraphischer Nachrichtendienst organisiert worden, um die Meldungen über Hochwasser und Eisgang der Ströme und Flüsse vom Oberlaufe rechtzeitig an die mit dem Schutze der Ufer am Unterlaufe beauftragten Beamten gelangen zu lassen. Wie die Minister für Landwirtschaft und für öffentliche Arbeiten jetzt in einem an die Oberpräsidenten gerichteten Rundschreiben erklären, hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die erlassenen Anordnungen dahin zu prüfen, ob die Telegramme den baulich-technischen und Reichsbeamten überall unmittelbar und ohne zutretende Vermittelung einer anderen Dienststelle zugestellt werden. Die Oberpräsidenten werden daher beauftragt, die in ihren Amtsbezirken erlassenen Verordnungen sofort einer Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls unter Beiziehung der zuständigen Ober-Postdirektionen selbst oder durch die Regierungspräsidenten abzuändern oder abändern zu lassen, damit jene Telegramme den genannten Beamten in Zukunft unmittelbar und ohne Zeitverlust zugehen. Die Oberpräsidenten sollen bis zum 31. Dezember über das Ergebnis ihrer Untersuchungen berichten, aber für den Fall, daß eine für notwendig erachtete Aenderung der bestehenden Bestimmungen nicht bis zum 31. Dezember durchführbar sein sollte, zur Vermeidung von Irrungen in der Befolgung der Telegramme, die unliebsame Folgen haben könnten, die bestehenden Bestimmungen über den Nachrichtendienst für den kommenden Winter noch unverändert zu lassen.

Edin., 25. November. Durch päpstliches Breve ist der „Römischen Volkszeitung“ zufolge der bereits designirte Kölner Bischof Dr. Schmitz zum Bischof in partibus von Zela in Kleinasien ernannt worden.

Der Kaiser hat am 3. Uhr von der Jagd zurück. Das Wetter war regnerisch. Die Wildpretz in Potsdam erfolgte am 6. Uhr.

Edin., 25. November. Der rothe Adler in weißem Felde, welcher gestern Vormittag bei leichtem Sonnenschein unter dem Geschützdonner der salztrübenden Kriegsschiffe am Fockmast des neuen Panzerschiffes „Brandenburg“ gehisst wurde, während gleichzeitig am Großmast die Kaiserflagge, der schwarze Preussener Adler im goldenen Wappenschild auf einem Kreuz im gelben Felde, emporflog, ist dasselbe Wappenschild, unter welchem die sämtlichen Marine-Unternehmungen des Großen Kaiserthums ausgeführt wurden. Zum ersten Male wurde dieses Feld- und Nationalzeichen der alten Mark Brandenburg als Schiffsfahne im Juli 1875 gehisst auf den drei Fregatten „Kunze“, „Berlin“, „Potsdam“ und den beiden kleineren Fahrgenossen „Vielefeld“ und „Voller die Wille“, sämtlich holländische Schiffe, welche der Kaiser Friedrich Wilhelm durch den Nieder- und Rathsherrn Benjamin Raule für sich chartern ließ, um sich im Kriege gegen Schweden zu verwenden. Für die Gedecke, welche einige Wochen später seitens der holländischen Admiralität noch um drei weitere, ihr abgemietete Fregatten ver- stärkt wurde, stellte der holländische Obrist zu Fuß Simon de Volsch dem Kaiserlichen ein Regiment Marineinfanterie von 569 Mann. Zwei der Schiffe griffen unter Volschs Führung zunächst die schwedische Untersee-Feste Carlsholm (Bremer- hafen), freilich erfolglos, an, während die übrigen Schiffe unter Führung Jakob Raules, des Bruders von Benjamin, in Allanz mit den Dänen in der Dofse operirten und die Penemüsing gewannen. Durch den Erfolg der Schlacht bei Fehrbellin von der Nothwendigkeit überzeugt, daß Pommer den Schweden entrissen werden müsse, charterte Friedrich Wilhelm im Frühjahr 1676 abermals durch Vermittelung Raules die drei Fregatten „Kunze“, „Brandenburg“, den „Jungen König von Spanien“, „Berlin“ und die Gallioten „Cleve“ und „Potsdam“. Diesen Schiffe gelang es im Treffen bei Bornholm und Wöen am 3. Juni 1676, die schwedische Fregatte „Leopard“ zu er- obern, welche die schwedische Flagge unter dem rothen Adler gehisst in den Hafen von Kolberg ge- bracht wurde. Im Jahre 1677 gehörte der „Leopard“ als Flaggschiff des Vize-Admirals Cornelis Claus v. Bevern der neugeworbenen branden- burgischen Flotte an, welche im Uebrigen aus dem „Drachen“, dem „Postillon“, der „Schale“, dem „Wolven Schale“, dem „Nacht Löwe“, dem „Kunze“, „Berlin“ bestand, und welche unter dem Admiral Tromp gemeinschaftlich mit der auf zahlreichen Transportschiffen überführten Landarmee den Sieg bei Putbus auf Rügen über den schwedischen Obergeneral Graf Königsmarck herbeiführte. Nach der Eroberung Pommerns richteten sich die Gedanken des Kaisers auf überseeische Unternehmungen, weshalb er diesmal mit Raule nicht bloß auf einen Sommer, sondern gleich auf sechs Jahre kontrahirte. Demnach setzte sich die unter dem rothen Adler vereinigte Flotte seit dem 1. Januar 1679 zusammen aus den Fregatten „Friedrich Wilhelm“, „Dorothea“, „Kunze“, „Leopard“, „Nacht Löwe“, „Berlin“, „Prinz Ludwig“ und „Wasserschiff“ mit zusam- men 138 Besatzungen. Mit einem Theil dieser und einigen kleineren Schiffen, welche dem Kommando des bereits genannten Cornelis Claus v. Bevern unterstellt waren, begann der Große Kaiserst ein Seezug mit Spanien, das ihm laut Vertrag von 1674 zwei Millionen Thaler schuldet, aber nicht zahlte. Der Seezug gelang es, das spanische, reich betrachtete Schiff „Carolina II.“ bei Stebe- zu kapern und nach Pillau zu führen. Sodann fuhr der Admiral zum ersten Male unter der brandenburgischen Flagge über den atlantischen Ozean, um Spanien in seinen Kolonien zu schä- digen und dort wirklich zwei kleinere Schiffe weg- zunehmen; eine Kabinen der jungen Marine, welche nicht nur in Madrid, sondern auch in Eng- land, Holland und Schweden Ehrentitel und Er- nennungen hervorrief. Unbekümmert darum richtete der Große Kaiserst im Jahre 1681 ein zweites Geschwader, bestehend aus dem eroberten „Carolina Schindus“, „Nacht Löwe“, „Fuchs“ und einigen kleineren Schiffen aus, welches unter Kapitän Thomas Oders bei Dänischen wieder der von

England kommenden spanischen Handelsflotte auf- lauern sollte. War auch der Erfolg dieser Unter- nehmungen gering, so hatte doch der rothe Adler auf See großes Ansehen gewonnen, so daß fremde Seefahrer um die Erlaubnis baten, unter diesem Wappenschild segeln zu dürfen. Dieser Umstand führte zu Friedrich Wilhelms Kolonial-Unterneh- mungen an der westafrikanischen Küste. Im Jahre 1680 liefen die von einer auswärtigen Handels- gesellschaft ausgerüsteten und armiten Schiffe „Das Wappen von Brandenburg“ und der „Möbrian“ nach Guinea aus; und am 16. Mai 1681 wurde von Kapitän Bloel die brandenburgische Flagge, unter welcher die Schiffe segelten, am Vorgebirge der drei Spizen aufgezogen. Dieser Erfolg, der noch durch Ausbeutung der beiden Schiffe „Brandenburgischer Dragoon“ und „Kunze“ im selben Jahre unterstützt wurde, führte zur Errich- tung der ostafrikanischen Handelsgesellschaft, wel- cher der Große Kaiserst selber beitrug. Der Ge- sellschaft gehörten nicht weniger als dreißig unter dem rothen Adler segelnde Schiffe an, unter denen wir außer den bereits wiederholt genannten Namen finden, wie: „Fortuna“, „Markgraf von Bran- denburg“, „Prinzessin Maria“, „Einhorn“, „Falsch“, „St. Jean Baptista“, „Rummelpot“, „Kittow“, „Banner“, „Vernsteinfänger“, „Spanow“, „Wol- fenjähle“, „St. Pierre“ u. s. w. Nachdem 1682 durch die weitgeschichtlich bekannte Entdeckung des brandenburgischen Bevolmächtigten eine Verbin- dung mit dem Regenten die Gründung einer deutschen Niederlassung unter dem Gouverneur Major Otto Friedrich v. d. Gröben erreicht war, pflanzte Kapitän Voh am 1. Januar 1683 im Namen des Kaisers die rothe Adlerflagge auf dem Scheitel des afrikanischen Berges auf, den v. d. Gröben fortan den „großen Friedrichsberg“ nannte, weil, wie er sagte: „St. kaiserlichen Durchlaucht Name in aller Welt groß ist.“ Um einen Hafen in der Nordsee zu gewinnen, schloß Friedrich Wilhelm sein Bündnis mit den Dänen, die namentlich unter brandenburgischer Flagge segeln durften; und um endlich in den definitiven Eigensitz einer Kriegesflotte zu ge- langen, kaufte er Raule, der den Posten eines General-Marine-Direktors bekleidete, für 110 000 Thaler neue Schiffe ab, nämlich „Dorothea“, „Zittauer Bauer“, „Rummelpot“, „Friedrich Wilhelm zu Pferde“, „Kunze“, „Fuchs“, „Friede“, „Philipp“ und „Maria“. Diese Schiffe, welche zusammen mit der eroberten „Carolina II.“ 240 Geschiffe führten und von denen die ersten drei in Königsberg, die übrigen in Embden stationirt waren, bildeten im Jahre 1684 die unter dem rothen Adler segelnde brandenburgische Kriegs- marine des Großen Kaisers.

Mit dem Tode des letzteren war freilich auch die Entwicklungsgeschichte dieser Marine zu Ende. Der rothe Adler verschwand wieder vom Meere, bis er nach reichlich zwei Jahrhunderten am geizigen Tage wieder auf einem der neuesten und stärksten deutschen Panzerschiffe als Toppfahne gehisst worden ist. Und dennoch, zum allerersten Male haben wir die brandenburgische Flagge gestern auf unserem Kriegsschiffe nicht gesehen. Denn auch als Kennflagge auf seiner Yacht „Meteor“ führt Se. Majestät der Kaiser seit drei Jahren den brandenburgischen rothen Adler im weißen Felde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. November. Die „Polit. Korresp.“ meldet: Nach Petersburger Nachrichten beschäftigt der Schah von Persien im Juni 1894 eine Reise nach Europa zu unternehmen. Derselbe begibt sich zunächst nach Petersburg, dann nach Berlin, Paris und London und kehrt dann über Wien nach Persien zurück.

Wien, 25. November. Abgeordnetenshaus. Gegen Ende der Sitzung richteten Dipanti und Genossen an den Finanzminister die Anfrage, ob es richtig sei, daß die Ausgabe von Guldennoten sistirt sei, und wie der Finanzminister die dadurch bewirkte Verminderung der Zirkulationsmittel zu rechtfertigen und zu saniren gedenke.

Wien, 25. November. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge ist die Handelskonvention zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien, welche mit Ende dieses Jahres abläuft, durch Austausch von Erklärungen bis Ende 1894 verlängert worden.

Wien, 25. November. Das morgen erscheinende Amtsblatt wird eine kaiserliche Entschleßung veröffentlichen, derzufolge bei offiziellen feierlichen Anlässen, wie Krönungsakten, Eröffnung und Schluß des Reichstages, Empfang der ungarischen Delegation und Nationalfesten anstatt der bisher funktionirenden Chöre der obersten Hofkapelle die ungarischen Vannerherren zu fungiren haben. Zu Renunziationen von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses ist die ungarische Regierung beizu- ziehen und die erfolgten Renunziationen sowie alle die Mitglieder des kaiserlichen Hauses be- treffenden, mit der Thronfolgeordnung vom Jahre 1723 in Verbindung stehenden Änderungen sind der ungarischen Regierung amtlich mitzuteilen. Bezüglich des inneren Postwesens resp. der kün- ftigen Vertretung in Ungarn wird die ungarische Regierung zu weiterer Unterbreitung ermächtigt.

Belgien.

Brüssel, 25. November. Die hiesigen Abend- blätter verzeichnen unter aller Referve das Gerücht, die Expedition auf dem oberen Nil, die früher unter dem Befehl des verstorbenen Van Kerckhove gestanden, hätte einen Theil ihres Bestandes in den Kämpfen mit den Arabern auf dem Rückwege nach dem Kongo verloren.

Frankreich.

Paris, 25. November. Ueber angebliche Memoiren des Grafen Hartenau wissen Gewährsmänner von Wiener Blättern und Wiener Korrespondenten, die augenscheinlich den Verstorbenen höchstens von der Photographie her gekannt haben, allerlei Mittheilungen zu machen, die von mehr Erfindungsgehalt als Wahrheitsliebe zeugen. Dem „Figaro“ wird unter anderem aus Wien geschie- ben, Graf Hartenau habe mitunter gesagt: „Man wird nach meinem Tode erstaunliche Dinge ver- nehmen.“ Für jeden, der den dahingegangenen Fürsten näher gekannt hat, trägt diese Angabe den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf sich. Es gab wenige Leute, denen der Zeitungsstandal, zu Ge- zeiten wie nach dem Tode, so sehr widerstrebt, die sogenannte Enthüllung so eifrig veröffentli- chen, wie gerade er. Zum Memoirenschreiben hat ihm in Bulgarien die Zeit, dann längere Zeit die Stimmung, und als er wieder die Uniform trug, abermals die Zeit gefehlt. Man darf daher diese angeblichen Aufzeichnungen, zusammenhängender oder nicht zusammenhängender Natur, ruhig in das

